

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	17
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	937/2016
		GZ:	T
Sitzungstermin:	24.01.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Neubau und Sanierung Eichendorffschule mit Turnhalle Ebitzweg 57, 70374 Stuttgart - Baubeschluss -		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 11.01.2017, GR Drs 937/2016, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Dem Neubau der Eichendorffschule, der Umstrukturierung und Sanierung des Fachklassenbaus, sowie dem Neubau einer 2-Feld-Turnhalle in Stuttgart - Bad Cannstatt nach den Plänen der Planungsgemeinschaft Eichendorffschule

Hausmann Architekten GmbH
Werkgemeinschaft HHK Architekten GmbH
Bendstr. 50-52, 52066 Aachen

vom 21.11.2016

und dem vom Projektsteuerer und dem Hochbauamt geprüften Kostenanschlag

vom 21.11.2016

mit voraussichtlichen Brutto-Gesamtkosten

von **33.200.000 €**

dies entspricht Netto-Gesamtkosten nach Steuerrückvergütung

von 33.002.000 €

wird zugestimmt.

2. Der Netto-Gesamtaufwand (nach Steuerrückvergütung) in Höhe von 33.002.000 € (Brutto 33.200.000 €) wird wie folgt abgewickelt:

Teilfinanzhaushalt 400 - Schulverwaltungsamt			
Projektnummer 7.401117 - Eichendorffsch., Umstrukt.+GTS+NB TH -			
Ausz. Grp .7871 – Auszahlung für Hochbaumaßnahmen			
bis	2016	- Bau -	2.060.000 €
	2017	- Bau -	7.050.000 €
	2018	- Bau -	7.250.000 €
	2019	- Bau -	7.050.000 €
	2020	- Bau -	<u>5.897.500 €</u>
			29.307.500 €

Teilfinanzhaushalt 400 - Schulverwaltungsamt			
Projektnummer 7.401117.600			
Ausz. Grp .783			
	2016	- Einrichtung -	100.000 €
	2017	- Einrichtung -	150.000 €
	2018	- Einrichtung -	950.000 €
	2019	- Einrichtung -	70.000 €
	2020	- Einrichtung -	<u>600.000 €</u>
			1.870.000 €

Teilergebnishaushalt 400 - Schulverwaltungsamt			
Kontengruppe 4291 – Baunebenkosten nicht aktivierungsfähig			
bis	2016		24.000 €
	2017		300.000 €
	2018		100.000 €
	2019		300.000 €
	2020		<u>133.500 €</u>
			857.500 €

Die aktivierungsfähigen Eigenleistungen städtischer Ämter werden auf dem oben genannten Projekt wie folgt gedeckt:

Kontengruppe 481 – Aufwendungen für interne Leistungen			
bis	2016		416.000 €
	2017		150.000 €
	2018		150.000 €
	2019		150.000 €
	2020		<u>101.000 €</u>
			967.000 €

Netto – Gesamtaufwand (nach Steuerrückvergütung): 33.002.000 €

(Der Brutto-Gesamtaufwand beträgt 33.200.000 €)

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Auf Nachfrage von StRin Bulle-Schmid (CDU) führt Herr Holzer (HochbA) aus, das Amt für Umweltschutz habe eine Pelletheizung vorgeschlagen und dies mit der Klimaneutralität begründet. Die grundsätzliche Frage, ob Pelletheizungen im innenstadtnahen Bereich in Anbetracht von Feinstaub und Luftverschmutzung als sinnvolle Option angesehen werden könnten, werde vom Amt für Umweltschutz schriftlich bis zur Sitzung des VA am folgenden Tag beantwortet.

Weiter legt Herr Holzer dar, die Bewirtschaftungskosten der Schulen würden dem Hochbauamt in der Regel vom Schulverwaltungsamt geliefert. In der Summe von 2 Mio. € jährlich seien auch die Personalkosten für die von der Stadt bezahlten Mitarbeiter, z. B. Hausmeister, sowie Kosten für die Pflege der Einrichtungen und den Grundunterhalt der Schule, wie Müll, Wasser, Energie, enthalten. Die Berechnung erfolge nach den erhobenen Planzahlen nach einem Modus des Schulverwaltungsamts.

StR Conz (FDP) lehnt Pelletheizungen im Sinne der Feinstaubdiskussion rundweg ab und schlägt vor, den Tagesordnungspunkt ohne Beschluss in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. StRin Munk (90/GRÜNE) verweist hier auf Filter. Sie geht davon aus und richtet dies zugleich als dringende Bitte an die Verwaltung, dass hier mit der neuesten Technik gearbeitet werde. Pelletheizungen seien mit die sauberste Art, Holz zu verwenden. Man dürfe daneben das CO₂-Problem nicht außer Acht lassen, und bei Holz handle es sich um einen nachwachsenden Rohstoff.

BM Thürnau merkt gegenüber StR Conz an, aktuell gehe es ohnehin nur um eine Vorberatung. Bis zur Sitzung des VA werde geklärt, auf welchem Stand der Technik man sich befinde.

Er stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt dem Beschlussantrag mit der Maßgabe, bis zur Sitzung des VA die Frage der Filteranlage zu klären, einmütig zu.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 3. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 4. Referat StU
Amt für Umweltschutz
 5. BezA Bad Cannstatt
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN